

Sächsischer Landtag  
7. Wahlperiode

## Antrag

der AfD-Fraktion

**Thema: Demokratische Regeln respektieren – Gewalt ist kein Mittel der politischen Auseinandersetzung**

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Fraktionen des Sächsischen Landtages verurteilen einhellig jegliche politisch motivierte Gewalt.
2. Angriffe auf Leib und Leben von Menschen sowie auf die grundrechtlich geschützten Rechtsgüter (Art. 1–19 GG), insbesondere Angriffe auf die Meinungsfreiheit, sind unter keinen Umständen eine angemessene Form der politischen Auseinandersetzung.
3. Der Wettstreit der Meinungen und die Gewährleistung der Meinungsfreiheit müssen im friedlichen Austausch der Positionen erfolgen. Der Respekt vor dem Andersdenkenden ist ein unverzichtbares Merkmal der politischen Willensbildung in einer Demokratie. Die Anwendung von Gewalt und die ungesetzliche Einschränkung der Meinungsfreiheit stehen dazu im direkten Widerspruch und sind durch nichts zu rechtfertigen.
4. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Soko LinX personell und materiell zu verstärken und deren Zuständigkeit flächendeckend auf den gesamten Freistaat Sachsen auszuweiten.

Dresden, 09.03.2020

Jörg Urban, MdL und Fraktion  
i.V. Jan-Oliver Zwerg, MdL

Unterzeichner: Jan-Oliver  
Zwerg  
Ort: Dresden  
Datum: 09.03.2020

AfD-Fraktion

## Begründung:

I.

In den letzten Jahren gab es zum Teil schwere körperliche Anschläge auf Politiker aller Parteien sowie Angriffe auf Parteieinrichtungen. Mit Sorge beobachten wir in Deutschland seither eine Verfestigung der Anwendung von Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung einerseits sowie eine Einschränkung der Meinungsfreiheit andererseits.

Am 2. Juni 2019 wurde der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke (CDU) vor seinem Wohnhaus bei Kassel durch einen mutmaßlichen Rechtsextremisten mit einem Pistolenschuss in den Kopf aus nächster Nähe getötet.

Im Jahr 2019 erfolgte in Leipzig aber auch in anderen sächsischen Städten eine Reihe von Brandanschlägen durch Linksextremisten. Die Anschläge in Leipzig im Einzelnen: am 02. Februar wurden fünf Baumaschinen durch Brandstiftung vernichtet, am 28. April ein Baucontainer und ein Stromaggregat angezündet, am 20. Mai ein Mini-Bagger durch Brandstiftung zerstört, am 24. Juni eine Asphaltiermaschine durch Brandstiftung vernichtet, am 11. Oktober zwei Bagger durch Brandstiftung vernichtet und am 13. Oktober ein Bagger angezündet.

Trauriger Höhepunkt der Anschlagsserie war der 3. Oktober 2019, als zwei Autokräne in Brand gesteckt wurden und komplett ausbrannten. Durch die Brandentwicklung explodierten mehrere Gasflaschen und drohten die Autokräne, auf eine benachbarte Kleingartenanlage umzustürzen. Es bestand Lebensgefahr, vierzig Menschen mussten deshalb durch eine Evakuierung in Sicherheit gebracht werden. Am 3. November suchten zwei linksextremistische Täter die Prokuristin einer Immobilienfirma in ihrer Wohnung auf und schlugen sie brutal zusammen. Auf einem einschlägigen Szeneportal wurden Bekennerschreiben veröffentlicht, in denen sich linksextreme Gruppierungen zu den Taten bekannten.

In Bautzen und Rodewisch wurden 2019 durch Brandanschläge ebenfalls Baumaschinen von erheblichem Wert durch Brandstiftung vernichtet. Zu den Taten bekannten sich ebenfalls linksextremistische Gruppierungen auf einem einschlägigen Szeneportal.

In Halle an der Saale versuchte am 9. Oktober 2019 ein mutmaßlicher Rechtsextremist in eine Synagoge einzudringen. Ziel war die Tötung möglichst vieler Juden, die sich anlässlich des höchsten jüdischen Feiertages – Jom Kippur – dort versammelt hatten. Nach dem Scheitern dieses Plans erschoss der Täter zwei Menschen außerhalb der Synagoge und verletzte zwei weitere Menschen schwer.

In Göttingen blockierte die linksextreme Interventionistische Linke am 21. Oktober 2019 eine Lesung von Ex-Innenminister Thomas de Maiziere. Der Chef der Veranstaltung wurde körperlich attackiert. Die linksextreme Antifa verhinderte an der Universität Hamburg mehrfach die Durchführung von Vorlesungen durch Professor Bernd Lucke. Die Leitung der Universität Hamburg verbot die Durchführung einer Vorlesung von FDP-Chef Christian Lindner zum Thema „Freie Rede. Gedanken zu Meinungsfreiheit und Debattenklima“.

Neben Unternehmen waren vor allem Politiker Ziel schwerer Anschläge. So gab es u. a. einen linksextremistischen Sprengstoffanschlag auf ein Parteibüro in Döbeln und Brandanschläge auf Fahrzeuge von Politikern und Parteien in Dresden, Meißen und Leipzig.

Auch aufgrund der Antworten auf unsere Kleine Anfrage (LKA-Lagebild zum Linksextremismus, Drs. 7/1305) ist erkennbar, dass sich die Zahl der linksextremistischen Brandanschläge im Jahr 2019 auf 39 erhöhte, wobei kein einziger Anschlag aufgeklärt wurde. Die personelle und materielle Verstärkung der Soko LinX und die Ausweitung der Zuständigkeit auf den gesamten Freistaat Sachsen ist daher dringend geboten.

In diesem Jahr setzt sich die Serie links- und rechtsextremistischer Anschläge leider fort – darunter der Angriff auf das Bürgerbüro des SPD-Politikers Karamba Diaby am 15. Januar 2020 in Halle sowie der Brandanschlag auf das Familienfahrzeug des Bundessprechers der AfD, Tino Chrupalla, am 02. März 2020 in Gablenz.

## II.

Die Fähigkeit der Gesellschaft und ihrer Protagonisten, Dissens auszuhalten, sinkt. Zunehmend werden die Vertreter unliebsamer Meinungen vom öffentlichen Diskurs ausgeschlossen. Zugleich wächst die Bereitschaft, aus dem Dissens auch brachiale Formen des Protests bis hin zu körperlicher Gewalt abzuleiten. Gesamtgesellschaftlich sinkt die Bereitschaft, parteiübergreifend für Meinungsfreiheit einzutreten. Vielmehr wird zwischen „richtiger“ und „falscher“ Meinung unterschieden. Maßgebend sind nicht die Werte der Aufklärung, der Toleranz und der Demokratie, sondern die einer selbsternannten Zivilgesellschaft. Hiervon sind nicht nur Politiker und herausragende Vertreter des öffentlichen Lebens, sondern das ganze Volk betroffen.

In mehreren Umfragen beklagten immer mehr Deutsche ein repressives Meinungsklima. So fühlt sich nur rund jeder fünfte Deutsche in der Öffentlichkeit frei, seine Meinung zu äußern. Ein Drittel gab an, freie Meinungsäußerungen seien nur noch im privaten Kreis möglich. Insbesondere Jugendliche sind oft der Ansicht, dass mit Denkverboten operiert werde.

Von extremistischen Straftaten profitiert in der Regel der politische Gegner. Wer die Polarisierung der Gesellschaft beklagt, aber radikale Meinungsdivergenzen nicht erträgt, befördert die weitere Polarisierung.

Wir verurteilen jegliche Form des politischen Extremismus sowie alle Taten, die hieraus erwachsen. Es spielt dabei keine Rolle, ob es sich bei der Politisch motivierten Kriminalität um Formen des Links- oder Rechtsextremismus, ausländische oder religiöse Ideologie handelt. Jede dieser Straftaten ist eine zu viel, gleich um welche Form des Extremismus es sich handelt und wer als Opfer hiervon betroffen ist.

Wir verurteilen ferner jegliche Angriffe auf die Meinungsfreiheit, gleich ob sie direkt oder indirekt erfolgen: indem Bürger am Sprechen auf Veranstaltungen gehindert werden oder durch Drohungen und dem Verüben von Straftaten gegenüber Gastwirten und Vermietern von Veranstaltungsräumen.

Das klare Signal, das der Sächsische Landtag mit diesem Beschluss sendet, ist dringend erforderlich. Es bedarf eines unmissverständlichen Zeichens des Parlaments unseres Freistaates.